

Neoliberale Indoktrination

Scheinargumente auf dem Prüfstand

Der Glaube, der Prozess neoliberaler Globalisierung sei historisch zwangsläufig und alternativlos, ist das Ergebnis langer Indoktrination, mit der die Protagonisten beabsichtigen, das Expansions- und Gewinnstreben global agierender Unternehmen und Investoren zur nationalen Schicksalsfrage umzudeuten.

von Gerd Zeitler

Scheinargument Nr. 1

Niemand kann die Globalisierung aufhalten, deshalb müssen wir uns dieser Entwicklung stellen!

Mit dieser Behauptung wird die Grundlage für die neoliberale Indoktrination geschaffen. Es wird unterstellt, die neoliberale Globalisierung sei eine historisch zwangsläufige, quasi Naturgesetz folgende Entwicklung, und es sei deshalb unmöglich, sie national zu steuern oder gar aufzuhalten. Eigenständige Wirtschaftspolitik sei unwirksam, ja überflüssig, weil „liberalisierte“ globale Märkte sich selbständig regulierten und stabilisierten und für Wohlstand sorgten, solange sie nur von politischen Eingriffen verschont blieben.

Entgegen aller historischen Erfahrung, einschließlich der Lehren aus der jüngsten Finanzmarktkrise, wird damit in Abrede gestellt, dass eine freie – und zukunftsfähige – Marktwirtschaft einheitlicher sozialer und ökologischer Rahmenbedingungen und Regeln bedarf und dass diese Bedingungen nur innerhalb autonomer Wirtschaftsräume herzustellen sind.

Denn nur unter sozial-ökologischer Regelung können sich Preise bilden, die den Akteuren bezüglich ihres eigenen wie auch des volkswirtschaftlichen Nutzens die richtigen Signale für ihre Transaktionen vermitteln. Nur so kann sich ein konstruktiver Wettbewerb entwickeln, der den Akteuren immer wieder neue Chancen einräumt, ohne sie endgültig vom Wirtschaftsgeschehen auszuschließen. Und nur so sind soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit zu verwirk-

lichen. Schließlich können die Märkte nur unter diesen Bedingungen als frei bezeichnet werden, als frei für ihre eigentliche Aufgabe, die wirtschaftlichen Ressourcen im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage ohne zentrale Eingriffe einzig über den Preis optimal zuzuordnen. Bleibt nur noch festzuhalten, dass eine zukunftsfähige Globalisierung ausschließlich auf diesem Fundament errichtet werden kann.

Scheinargument Nr. 2

Die Probleme der Globalisierung lassen sich nur auf globaler Ebene lösen. In der Welt Handelsorganisation (WTO) müssen Mindeststandards für Löhne, Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Umweltschutz vereinbart werden, um einheitliche Wettbewerbsbedingungen herzustellen!

Mit dieser Behauptung werden unterschiedliche Probleme in einen Topf geworfen: Zweifellos ist die Menschheit gefordert,

Nur unter einer sozial-ökologischen Regelung können sich Preise bilden, die richtige Signale vermitteln.

sich auf Normen für allgemeine Menschenrechte, soziale Mindeststandards und Umweltschutz zu verständigen. Es ist jedoch abwegig, von supranationalen Bekenntnissen praktisch durchsetzbare, einheitliche Wettbewerbsbedingungen zu erwarten.

Zum einen ist es für den Erhalt der kulturellen und wirtschaftlichen Vielfalt in der Welt weder wünschenswert noch machbar,

zentrale Vorgaben insbesondere für Produktivität, Löhne und Preise zu erlassen – auch deshalb, weil die drei Größen sich stets in einem binnenwirtschaftlichen Gleichgewicht befinden müssen, das durch supranationale Standards aufgehoben würde.

Zum anderen besteht der innere Widerspruch der Forderung darin, dass Unternehmen und Nationalstaaten auf offenen globalen Märkten gezwungen sind, ihre Wettbewerbsvorteile auch durch gezieltes Unterlaufen sozialer und ökologischer Standards herbeizuführen. Es wäre blauäugig, speziell von aufstrebenden Schwellenländern zu erwarten, sich in der WTO ernsthaft für verbindliche Mindeststandards stark zu machen. Das ergebnislose Hickhack in der WTO beweist, wie wirklichkeitsfern diese Erwartung ist.

Ein konstruktiver grenzüberschreitender Wettbewerb lässt sich nur herstellen, wenn Nationalstaaten und Wirtschaftsunionen wie die EU ihren Außenhandel in eigener Verantwortung von absoluten Preisvorteilen in

Scheinargument Nr. 3

Die Auslagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer sichert die verbleibenden heimischen Arbeitsplätze!

Richtig ist, dass sich Unternehmen im Wettbewerb auf offenen globalen Märkten zur Auslagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer gezwungen sehen können. Falsch ist, dass Auslagerungen die verbleibenden Arbeitsplätze sichern; sie verzögern deren Abbau lediglich. Unter neoliberalen Bedingungen sind Auslagerungen zudem keine Einmalaktionen zur endgültigen Sanierung von Unternehmen und Branchen oder zur Einleitung eines wirtschaftlichen Aufschwungs, vielmehr setzen sie sich unter dem steigenden globalen Kostendruck endlos fort.

Und schlimmer noch: Mit fortschreitender industrieller Entwicklung von Schwellen- und Entwicklungsländern müssen zunehmend auch Arbeitsplätze ausgelagert werden, die hohe und höchste Anforderungen an Ausbildung und Qualifikation stellen. Für die Zukunft kann unter neoliberalen Verhältnissen kein einziger Arbeitsplatz in den entwickelten Industrieländern als gesichert gelten. Der Exodus lässt sich so nicht aufhalten, er lässt sich lediglich durch beschleunigtes Absenken von Sozial- und Umweltstandards auf das niedrige Weltniveau verzögern – mit entsprechend verheerenden Folgen.

Scheinargument Nr. 4

Die deutschen Unternehmen sind, wie die Exporterfolge zeigen, international sehr wettbewerbsfähig. Die deutschen Arbeitnehmer sind es dagegen nicht!

Dies ist eine unternehmens-taktisch motivierte Unterstellung, die sich auf absolute Lohnvergleiche in US-Dollar zwischen unterschiedlich produktiven Volkswirtschaften stützt, um mit diesem Kunstgriff Lohnsenkungen zwecks höherer Kapitalrenditen das Wort zu reden. Inhaltlich fußt die Aussage auf dem neoliberal-doktrinären Imperativ, dass höchste Produktivität erzielt wird, wenn hochent-

wickeltes Produktionskapital aus Industrieländern mit »billiger« Arbeit aus Entwicklungsländern kombiniert wird.

Mit dieser Kombination werden zwei ökonomische Todsünden begangen: Erstens wird in Hochlohnländern die gleichmäßige Entwicklung von Produktivität und Löhnen unterbunden, so dass Kaufkraftverluste entstehen, in deren Folge regionale Wirtschaftskreisläufe zusammenbrechen. Zweitens werden bei der Auslagerung von Produktionskapital und zugehörigen Arbeitsplätzen die betriebliche Mitbestimmung und die grundgesetzlich verankerte Sozialpflichtigkeit des Eigentums verletzt. Konkret heißt das: die an der Kapitalerschaffung beteiligten abhängig Beschäftigten werden von den Kapitaleignern kalt enteignet.

Wer sich dafür ausspricht, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und ihren Beschäftigten künstlich zu trennen, riskiert nicht nur wirtschaftliche Verheerungen im eigenen Land, er setzt sich auch dem Verdacht aus, eigennützig einen Keil zwischen die gesellschaftlichen Gruppen treiben zu wollen.

Scheinargument Nr. 5

Jeder muss die Zukunft selbst durch Innovation für sich und die Gesellschaft erschließen!

Dieser Leitspruch des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder zum »Jahr der Innovationen« 2004 markiert den absoluten Höhepunkt neoliberaler Verblendung und offenbart eine der Maximen, mit denen die Agenda 2010 der damaligen rotgrünen Bundesregierung gerechtfertigt wurde und noch immer wird. Eine derart realistische Aussage ist nur möglich, weil Politiker sich durch ihre selbstverschuldete Hilflosigkeit und Ohnmacht genötigt fühlen, das Vakuum, das eine unter neoliberalen Verhältnissen vermeintlich überflüssige Wirtschafts- und Sozialpolitik hinterlässt, durch Individualisierung von Verantwortung auszufüllen.

Jedenfalls lässt sich die politische, soziale und ökonomische Widersinnigkeit der neoliberalen Doktrin nicht deutlicher zum Ausdruck bringen und das neoli-

berale Credo nicht konsequenter zu Ende denken: Wenn auf den Märkten alle Grenzen fallen, wenn Gemeinschaften und Staaten ihre wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit aufgeben, ist die Zeit des individuellen globalen Akteurs gekommen. Jeder handelt dann in eigener Verantwortung, jeder ist als Weltbürger seines eigenen Glückes Schmied, und jeder steht mit jedem weltweit im Wettbewerb – selbstver-

Ein konstruktiver Wettbewerb lässt sich nur auf Grundlage bilateral vereinbarter Wechselkurse herstellen.

ständig auch die abhängig Beschäftigten untereinander.

Die Beschäftigten dürfen aus diesem Umstand eine besonders widersinnige Botschaft ableiten: Sie sind gut beraten, ihre Innovationsfähigkeit dadurch unter Beweis zu stellen, dass sie die politischen Initiativen, die in der Regel die industrielle Scheinproduktivität erhöhen und die Arbeitsbedingungen verschlechtern, im vollen Vertrauen auf die neoliberale Doktrin unterstützen, wenn sie ihre Chance auf einen der immer knapper werdenden Arbeitsplätze wahren wollen.

Schröders Leitspruch ist eine politische und gesellschaftliche Bankrotterklärung, die das Ende des politischen Primats über die Wirtschaft und die Auflösung der gesellschaftlichen Solidarität herbeiredet, also einen Weg weist, der nur in Chaos und Anarchie enden kann. SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier, selbst einer der Urheber der Agenda 2010, hat im Bundestagswahlkampf 2009 noch mal nachgelegt: Er versprach, bei unverändert neoliberaler Agenda-Politik, Vollbeschäftigung herzustellen. Zum Glück haben ihn die Wähler davor bewahrt, dies beweisen zu müssen.

Scheinargument Nr. 6

Eine Verlängerung der Jahresarbeitszeit ohne Lohnausgleich macht die Arbeitsplätze wettbewerbsfähiger und erzeugt mehr Beschäftigung!

Unbestritten ist, dass eine Senkung der Lohnkosten unmittelbar die Wettbewerbsfähigkeit von

Unternehmen erhöht und dass sich unter neoliberalen Verhältnissen der wirtschaftliche Druck, Produktionen und Arbeitsplätze in Billiglohnländer zu verlegen, dadurch vorübergehend verringern kann. Der Effekt ist freilich unter dem ständig steigenden Kostendruck des globalen Wettbewerbs jeweils nur von kurzer Dauer. Die Forderungen nach längeren Arbeitszeiten, oder alternativ nach Lohnsenkungen,

den könne. Dieser Effekt kann jedoch bei gesättigten Binnenmärkten, zunehmend gesättigten Exportmärkten und weltweiten Überkapazitäten nicht erwartet werden.

Scheinargument Nr. 7

Es gibt keinen Grund, China daran zu hindern, seine preisgünstigen Produkte bei uns anzubieten und im Handel mit uns seinen Wohlstand auf westliches Niveau anzuheben!

Diese Forderung suggeriert, der Wettbewerb auf offenen globalen Märkten Sorge weltweit für steigenden und gerecht verteilten Wohlstand, und wir seien als Bürger eines reichen Industrielandes moralisch verpflichtet, unsere Grenzen für diesen Wettbewerb zum Wohle der Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern bedingungslos offen zu halten. Die Forderung ist ein Versuch, die neoliberale Globalisierung auf ein moralisches Fundament zu stellen.

Zunächst ist festzuhalten, dass der globale Wettbewerb an seinen inneren Widersprüchen scheitert: Der Zwang zum absoluten Preisvorteil, der für

Unter neoliberalen Bedingungen sind Produktionsauslagerungen keine Einmal-, sondern Endlos-Aktionen.

wie auch freiwillig und unbezahlt geleistete – längst überschritten ist.

Wenn die Verlängerung von Arbeitszeiten also bereits angereizt ist, dann ist sie logischerweise ein untaugliches Mittel, um dauerhaft wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und einen höheren Beschäftigungsstand zu erzielen. Man sieht, es gibt aus dem neoliberalen Teufelskreis kein Entrinnen, außer man überwindet das ganze System.

Die Behauptung des Scheinarguments beruft sich zudem indirekt auf einen angebotsökonomischen Mechanismus, für den es keine Grundlage gibt: Es wird eine latent vorhandene, unbefriedigte Gesamtnachfrage unterstellt, die mittels verlängerter Arbeitszeiten und entsprechend höherer Auslastung der Produktionskapazitäten befriedigt wer-

alle Länder und Akteure unabhängig von ihrer tatsächlichen Produktivität besteht, begünstigt diejenigen Anbieter, die sich am skrupellosesten aller denkbaren Methoden des Dumpings bedienen. Strategisch aggressiv vorgehenden Schwellenländern wie China gelingt es, die entwickelten Industrieländer gezielt von ausgesuchten Märkten zu verdrängen und eine unaufhaltbare Konvergenz aller sozialen und ökologischen Standards auf ein immer tieferes Niveau zu erzwingen.

Während in diesem Spiel zunächst die Industrieländer von den Schwellenländern nach unten gezogen werden, verharren die meisten Entwicklungsländer auf tiefem Niveau oder sacken noch weiter ab. Wenn es einigen von ihnen gelingt, sich zu einem exportorientierten Schwellen-



land zu entwickeln, werden sie ihrerseits die Bedingungen des konvergierenden Niedergangs diktieren. Es ist unschwer zu erkennen, dass es im weltweiten Zerstörungsprozess des „Freihandels“ am Ende nur Verlierer geben wird.

Für eine Anhebung und Absicherung des Wohlstands in der Welt auf landesspezifische, sozial und ökologisch nachhaltige Niveaus bietet sich nur eine Lösung an: die Rückkehr zu wirtschaftspolitisch autonom geregelter Außenhandel auf der Grundlage kalkulierter Wechselkurse und *relativer* statt *absoluter* Wettbewerbsvorteile – verbunden mit qualitativem Wachstum und ergänzt durch eine uneigennützigere Entwicklungshilfe zur Selbsthilfe.

Scheinargument Nr. 8

Als wohlhabendes Industrieland müssen wir auf einen Teil unseres Wohlstands verzichten, um den Entwicklungsländern den ihnen zustehenden Anteil am weltweit verfügbaren Kuchen zukommen zu lassen!

Dieses Argument bringt die verbreitete Vorstellung zum Ausdruck, es gebe einen globalen Wohlstandskuchen bestimmten Umfangs, der unter allen Ländern der Erde gerecht aufzuteilen

sei. Die Vorstellung ist bezüglich der Erwirtschaftung materiellen Wohlstands undifferenziert und irreführend. Denn Wohlstand ist zunächst vor allem das Ergebnis vielfältiger lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe, deren Funktionsfähigkeit nur gegeben ist, wenn

- (1) stabile politische Verhältnisse herrschen,
- (2) ein Fundament aus einer mengenmäßig die Selbstversorgung garantierenden Landwirtschaft besteht, die auf dieser Grundlage einen Interbranchenhandel auf Gegenseitigkeit betreiben kann,
- (3) sich die Landwirtschaft auf einen Kreislauf eigener erneuerbarer Ressourcen gründet, und
- (4) der primäre Wirtschaftssektor neben der Landwirtschaft auch Binnenhandel, Handwerk und Gewerbe umfasst.

Die Industrie, die als sekundärer Sektor auf dem Primärsektor aufbaut, ist für den Wohlstand schon nicht mehr entscheidend. Reine Agrarwirtschaften, die über Jahrhunderte und Jahrtausende als nachhaltiger Kreislauf und mit nachhaltigem Außenhandel funktionieren, beweisen das. In umgekehrter Reihenfolge lässt sich dagegen kein Wohlstand erzeugen: Wenn versucht wird, Entwicklungsländer mit fremder Hilfe und fremden Interessen zu

industrialisieren, ohne dass ein landwirtschaftliches Fundament besteht. Entwicklungshilfe muss deshalb als Hilfe zur Selbsthilfe grundsätzlich am Primärsektor ansetzen.

Die zweite Quelle *modernen* Wohlstands sind Rohstoffe, zum einen Düngemittel für die Landwirtschaft, insbesondere Kunstdünger wie Harnstoff, Diammoniumphosphat und Kaliumsulfat, zum anderen industrielle Rohstoffe einschließlich Energieträger wie Öl, Gas, Stahl und sonstige Mineralien. Diese Rohstoffe sind nicht erneuerbar und weltweit nur begrenzt

Der Zwang zum absoluten Preisvorteil begünstigt die Anbieter, die am skrupellosesten Dumping betreiben.

verfügbar. In Bezug auf diese Rohstoffe könnte man zunächst vordergründig ein moralisches Recht auf angemessenen Zugriff für alle Länder ableiten.

Aber ein solches Recht ist in doppelter Hinsicht zweischneidig: Nicht nur die Ressourcen sind endlich, auch der durch ihren Verbrauch induzierte Wohlstand ist es. Zudem belastet der Verbrauch der genannten Rohstoffe die Umwelt und verleitet Länder dazu, ihre Bevölkerungsdichte mit Zunahme des vorü-

bergehenden Wohlstands zu erhöhen und die Ausbeutung der Ressourcen dadurch zusätzlich zu beschleunigen.

Im ersten Schritt muss deshalb von den Industrieländern gefordert werden, ihren überproportionalen Verbrauch schnellstens zu drosseln. Im zweiten Schritt ist dem kategorischen Imperativ zur strikt nachhaltigen Wirtschaftsweise Geltung zu verschaffen.

Das heißt konkret: Ökologisch fortschrittliche Länder müssen zunächst für sich festlegen, welchen Zugriff auf welche Rohstoffe sie verantworten können und wie sie nicht-erneuerbare durch erneuerbare Ressourcen ersetzen und alternativ geschlossene Stoffkreisläufe verwirklichen können. Und sie müssen sich dafür einsetzen, diesen Normen auf globaler Ebene zum Durchbruch zu verhelfen. Damit wäre die zweite Quelle des Wohlstands auf den Weg der Nachhaltigkeit gebracht und die Verteilung der Rohstoffe geklärt.

Scheinargument Nr. 9

Unsere einzige Chance als Hochlohnland im Wettbewerb mit Niedriglohnländern sind Innovationen und Wachstum im Export!

Produkt- und Prozessinnovationen sind zwar grundsätzlich zu begrüßen, jedoch nur, soweit sie sozial- und umweltverträglich sind. Aber hier sind ja Innovationen und Wachstum gemeint, die ohne Rücksicht auf die eigene Gesellschaft und Umwelt,

ja sogar ohne Rücksicht auf die eigenen binnenwirtschaftlichen Kreisläufe einzig darauf gerichtet sind, Konkurrenten im globalen Wettbewerb zu verdrängen, globale Märkte zu erobern und den Absatz der Exportwirtschaft zu erhöhen.

Unsinnig ist die Forderung insbesondere deshalb, weil Innovationsfähigkeit kein Privileg von Hochlohnländern ist. Schwellenländer wie China und Indien sind – bei niedrigstem Lohnniveau – auf vielen Gebie-

ten bereits innovativer als die alten Industrieländer. Gleichwohl lässt sich die neoliberal-globale Wettbewerbsfähigkeit mit Innovationen immer wieder für kurze Zeit sichern. Aber sie geht stets auch mit steigender Konzentration von Produktionsstätten und Kapital und kapitalintensiver Produktion einher, beides Entwicklungen, die sich zwingend aus dem systembedingten Kostendruck ergeben und zulasten von Arbeitsplätzen und Umwelt gehen.

Wenn es Hochlohnländern mittels Innovationen tatsächlich gelingt, ihr Exportvolumen zu erhöhen, liefern sie sich damit umso stärker dem globalen Kosten- und Innovationsdruck und dem Zwang zur Auslagerung von Produktionen und Arbeitsplätzen aus. Das Exportwachstum wird also in Form ausgelagerter Wertschöpfung gleichsam mitexportiert, bevor es sich im

wirkungen dieses Teufelskreises wegen seiner exponierten Rolle als »Exportweltmeister« mehr als andere Länder zu spüren.

Scheinargument Nr. 10

Wir müssen im globalen Wettbewerb um so viel besser sein, wie wir teurer sind!

Dieser Appell von Bundeskanzlerin Angelika Merkel im Jahr 2006 fordert dazu auf, die eigenen Äpfel mit den Birnen anderer Länder auf der Basis von US-Dollar-Preisen zu vergleichen, ohne die völlig beliebigen, teils manipulierten Wechselkurse zwischen Landeswährungen und US-Dollar und ohne die Verzerrungen durch sonstige Dumpingmethoden in den Vergleich einzubeziehen.

Dass wir in Deutschland besser werden sollten, um unsere höheren Preise zu rechtfertigen,

Dass wir zu teuer seien, ist eine ökonomisch unsinnige Behauptung, weil unsere hohe Produktivität hohe Löhne, hohe Kaufkraft und hohen Lebensstandard einschließt und weil wir außerdem in unserer Kultur relativ hohe soziale, ökologische und sicherheitsrelevante Standards entwickelt haben, die es nicht abzubauen, sondern zu verteidigen

maßnahmen zu kompensieren, um anschließend noch Chinas Kostenstruktur nachzuvollziehen. Das heißt, wir müssten chinesische Löhne, Sozialleistungen und Umweltstandards einführen und eine aggressive Exportpolitik ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt betreiben.

In diesem Wettrennen würden wir unsere kulturellen Tra-

Die Industrieländer werden nach unten gezogen und die meisten Entwicklungsländer bleiben auf tiefem Niveau.

gen und weiterzuentwickeln gilt. (Anzumerken ist, dass Löhne und Kaufkraft in Deutschland derzeit hinter dem Produktivitätsniveau zurückbleiben, was eine bedauerliche Folge des neoliberalen Kostendrucks ist.)

Wenn wir weiterhin deutsche Äpfel mit chinesischen Birnen

ditionen und Errungenschaften noch stärker verleugnen, als wir das ohnehin schon tun, und wir müssten jederzeit damit rechnen, dass China auf unser Preisdumping reagiert und die Abwärtsspirale von Preisen und Standards seinerseits weiter anheizt.

Scheinargument Nr. 11

Wir müssen verstärkt in Bildung und Ausbildung investieren, um unseren Rückstand gegenüber anderen Ländern aufzuholen und im globalen Wettbewerb langfristig bestehen zu können!

Diese Forderung geht am Kern volkswirtschaftlicher Erfordernisse vorbei. Sie ist Teil einer von der global agierenden Industrie lancierten Kampagne, mit der versucht wird, unser Bildungssystem einseitig an den vorgeblichen Zwängen des Wettbewerbs auf globalen Märkten auszurichten. Dahinter verbirgt sich die industrielle Absicht, jederzeit auf ein ausreichendes Potential an neoliberal-wirtschaftskonform qualifizierten und einsetzbaren Arbeitskräften zugreifen zu können.

Die deutsche Wirklichkeit gibt Anlass zu ganz anderen Forderungen: Schon heute ist eine steigende Zahl von Berufseinsteigern gezwungen – soweit ihnen der Einstieg überhaupt gelingt –, sich unter Wert zu verkaufen und Arbeitsverhältnisse einzugehen, die nicht ihren Neigungen entsprechen, für die sie nicht ausgebildet oder für die sie überqualifiziert sind.

Dieser Trend ist Ausdruck der Tatsache, dass sich die neoliberale Wirtschaft von einem Gleich-

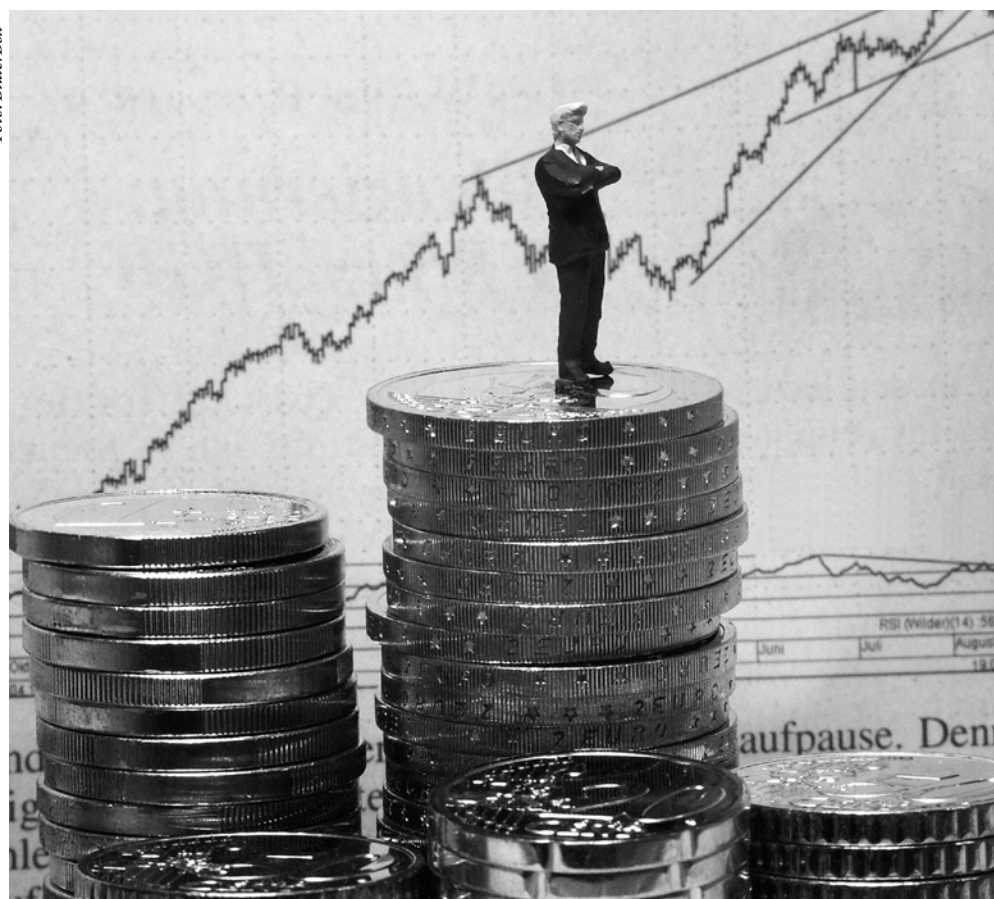


Foto: BilderBox

Inland überhaupt positiv auswirken kann. Hochlohnländer geraten daher mit weltmarktgängigen Innovationen unweigerlich in einen systembedingten Teufelskreis. In der gegenwärtigen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bekommt Deutschland die Aus-

ist zunächst schon deswegen unsinnig, weil wir mit hoher Produktivität hohe Qualität produzieren und deutsche Produkte – die negativen externen Effekte unserer Produktionsweise einmal ausgeklammert – im Weltmaßstab zur Spitzengruppe zählen.

vergleichen wollten – was ein beliebtes Spielchen neoliberaler Protagonisten ist –, wären wir im Preiswettbewerb mit China gezwungen, zunächst die von China durch Abwertung seiner Währung aufgebaute Wechselkurschürde mit preislichen Gegen-

gewichtszustand des Arbeitsmarktes mit Vollbeschäftigung in doppelter Hinsicht entfernt: Einerseits geht die Arbeitsnachfrage mengenmäßig zurück und verwehrt immer mehr jungen Menschen einen sofortigen Berufseinstieg. Andererseits wird das traditionell breite Spektrum an nachgefragten Qualifikationen infolge unkontrollierter und strukturauflösender internationaler Spezialisierung immer stärker eingengt, so dass einer steigenden Zahl von Menschen eine ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Berufsausübung ganz grundsätzlich verwehrt wird. Gleichzeitig nimmt aufgrund der Systemzwänge der Mangel derjenigen Fachkräfte zu, die den absurd spezialisierten Anforderungen der Exportwirtschaft entsprechen.

Dieser Entwicklung lässt sich mit einer wie auch immer gearbeteten Verbesserung unseres Bildungssystems nicht begegnen. Dazu bedarf es vielmehr einer Wirtschaftspolitik, die ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung nachkommt, statt sich hinter vermeintlichen globalwirtschaftlichen Zwängen zu verschanzen.

Scheinargument Nr. 12

Die wirtschaftliche Produktivität ist heute so hoch, dass genug für alle Menschen da ist. Die Güter müssen nur gerechter verteilt werden!

Die wirtschaftliche Produktivität, die aus dem neoliberalen Wettbewerb hervorgeht, ist einseitig auf die Effizienz des Kapitaleinsatzes (auf die Kapitalrendite) zulasten der arbeitenden Menschen und der natürlichen Umwelt ausgerichtet. Diese Art von „Produktivität“, mit der Werte vernichtet statt geschaffen werden, ist eine schlechte Grundlage für Verteilungsgerechtigkeit.

Wer die zunehmende Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung dennoch mit Umverteilung bekämpfen will, erweist der Gesellschaft und der Natur einen Bärendienst, indem er dem neoliberalen System einen Persilschein ausstellt und zu seiner Stabilisierung beiträgt – möglicherweise ohne sich dessen bewusst zu sein und übrigens auch ohne die geringste Chance, seine Forderung bei systembedingt zunehmender

Ungleichverteilung und rückläufigen öffentlichen Einnahmen jemals verwirklicht zu sehen.

Dazu kommt, dass eine dauerhafte Alimentierung bei hoher Arbeitslosigkeit nicht nur ökonomisch fragwürdig ist, sondern die betroffenen Menschen auch sozial ausgrenzt und ihre Würde verletzt. Echte Verteilungsgerechtigkeit bedarf zwar der Ergänzung durch sekundäre Umverteilung (öffentliche Transferleistungen), die in der Forderung ja angesprochen wird, muss aber vorrangig durch primäre Einkommensverteilung aus Arbeit hergestellt werden, also durch einen hohen Beschäftigungsstand, eben durch Vollbeschäftigung.

Scheinargument Nr. 13

Die Politik ist die falsche Adresse, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu schaffen – da ist allein die Wirtschaft gefordert!

Dies ist eine für politische Vertreter der neoliberalen Wirtschaftspolitik typische Bankrotterklärung, mit der sie bewusst

schaftlichen Gleichgewichts oder speziell des Arbeitsmarktes aufzuschwingen. Die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen sowie die dazu notwendigen unternehmerischen Bedingungen erfordern eine aktiv gestaltete wirtschaftliche Ordnung, die nur durch eine demokratisch legitimierte Wirtschaftspolitik zu gewährleisten ist.

Scheinargument Nr. 14

Die Unternehmen erfüllen ihren sozialen Auftrag bereits mit der Bereitstellung von Arbeitsplätzen. Ihre Lohnnebenkosten sind eine unzumutbare Mehrbelastung und müssen abgebaut werden!

Zunächst ist festzuhalten, dass die Bereitstellung von Arbeitsplätzen kein Auftrag ist, der sich an eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe wie etwa die Industrievertreter richtet. Ein hoher Beschäftigungsstand ist vielmehr das Ergebnis einer auf wirtschaftliches Gleichgewicht zielenden politischen Steuerung. Dabei bleibt die konkrete Um-

len Wettbewerb und zielt darauf ab, das Produktionskapital und seine Rendite zum Zwecke der globalen Wettbewerbsfähigkeit von sozialen und ökologischen Verpflichtungen und Kosten zu entbinden. Der hier angewendete Kunstgriff besteht darin, das Arbeitsentgelt künstlich in Lohn und Lohnnebenkosten aufzuteilen und mit dem Zusatz „Nebenkosten“ den Eindruck zu erwecken, dieser Entgeltanteil stehe in keinem Zusammenhang mit erbrachten wirtschaftlichen Leistungen und sei deshalb mit keinerlei Verpflichtungen verbunden.

Die qualitative Unterscheidung in Lohn und Lohnnebenkosten verschafft den Unternehmen allerdings nur eine vordergründige und fadenscheinige Freistellung von ihren sozialen Verpflichtungen. Denn nur beide Entgeltanteile zusammen erlauben derzeit der Mehrheit der abhängig Beschäftigten eine dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsstand angemessene Lebensführung.

Im Übrigen ist die künstliche Aufteilung der Lohnanteile ein Relikt obrigkeitstaatlichen Denkens, das sich einst nicht vorstellen konnte, die Verantwortung für die Abführung von Sozialbeiträgen in die Hände der Beschäftigten zu legen. Es ist an der Zeit, das gesamte Arbeitsentgelt als das zu bezeichnen, was es ist: der Lohn der Arbeit – unabhängig davon, wer die aus dem Lohn zu entrichtenden Sozialbeiträge abführt.

Dieser Artikel entstammt dem „Lexikon der sozialökologischen Marktwirtschaft“, das der Autor zur Zeit online publiziert: <http://knol.google.com/k/gerd-zeitler/wirtschaftslexikon>

Wer Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung mit Umverteilung bekämpfen will, erweist Gesellschaft und Natur einen Bärendienst.

oder unbewusst dazu beitragen, die souveränen und demokratisch legitimierten wirtschaftspolitischen Vollmachten des Staates zu untergraben und – soweit sie ein politisches Amt bekleiden – sich der persönlichen Verantwortung für die Gestaltung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und Regeln zu entledigen.

Mit ihrer Einschätzung ebnen sie außerdem den Weg für die Übertragung nationaler wirtschaftspolitischer Vollmachten an die EU und die WTO und leisten damit der fremdgesteuerten Deregulierung nationaler Märkte und der „Liberalisierung“ unternehmerischen Handels Vorschub.

Niemand kann bei fehlender wirtschaftspolitischer Steuerung von »der Wirtschaft« oder irgendeiner anderen gesellschaftlichen Gruppe erwarten, sich zum Sachwalter des gesamtwirt-

setzung des politischen Willens unter marktwirtschaftlich-demokratischen Verhältnissen der freien Entscheidung der einzelnen Wirtschaftssubjekte vorbehalten. Jedem Bürger ist es freigestellt, unternehmerisch tätig zu werden und Arbeitsplätze anzubieten oder es auch zu lassen.

Wer sich allerdings für eine unternehmerische Tätigkeit entscheidet, gewinnt zwar eine rechtlich begrenzte Verfügungsgewalt über die Produktionsfaktoren – einschließlich des Faktors Arbeit –, ist aber zugleich auch verpflichtet, das erwirtschaftete Produktionskapital und die Kapitalrendite ortsgebunden zum Wohle seines Unternehmens und seiner Mitarbeiter und damit zugleich für das Gemeinwohl einzusetzen.

Die Forderung, die Lohnnebenkosten abzubauen, folgt der Logik des Kostendrucks im globa-

Gerd Zeitler



Jahrgang 1940, Ingenieur, war im Strategischen Unternehmens- und Technologie-management tätig. Heute arbeitet er als freier Publizist, veröffentlichte 2006 das Buch „Der Freihandelskrieg“ und schreibt zur Zeit ein Wirtschaftslexikon, dessen Entstehung im Internet verfolgt werden kann.

Kontakt: <http://knol.google.com/k/gerd-zeitler>